Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: monatlich M 4,—, vierteljährlich M 12,— frei ins Haus. Einzelnummer 10 ₰. Kreuzbandsendungen monatl. M 6.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock.
Verantwortlicher Redakteur: Richard Perner, Hamburg.
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Buchhandlung: Erdgeschoß.
Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Hamburger Echo

Anzeigen die zehngespaltene Petitzeile 90 ₰, zuzüglich 33⅓ v.Ht. Teuerungszuschlag. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 80 ₰. Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 3 Uhr) u. in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden auch gegen Entgelt nicht aufgenommen.

Nr. 301. Donnerstag, den 3. Juli 1919. — Abend-Ausgabe. 33. Jahrgang.

Am Verfassungswerk der deutschen Republik.

Schwarzrotgold und Schwarzweißrot.

In der Nationalversammlung zu Weimar begann gestern die zweite Lesung des Entwurfs der neuen Reichsverfassung, wie er aus den Beratungen des Verfassungsausschusses hervorgegangen ist. Der Entwurf ist, wie schließlich alles, was aus parlamentarischen Verhandlungen hervorgeht, ein Kompromiß. Es haben bürgerlich-demokratische und sozialdemokratische Anschauungen unter einen Hut gebracht werden müssen. Immerhin ist dabei nun die Frage der Staatsform grundsätzlich und endgültig dahin entschieden, daß das Deutsche Reich als Republik fortbesteht. An dieser Staatsform wird künftig nicht mehr zu rütteln sein, trotz aller Hoffnungen auf eine Wiederkehr der Vergangenheit, der sich die Reaktionäre von rechts hingeben, und trotz aller Anstrengungen, die die Reaktionäre von links machen, sie zugrunde zu richten.

Der Ausbau der demokratischen Republik zu einer sozialdemokratischen wird sich nur langsam vollziehen können; er hat zur Voraussetzung, daß im künftigen Reichstag, dessen Neuwahl im Januar 1920 erfolgen soll, die Sozialdemokratie stärker wiederkehrt als sie früher gewesen ist. Wird sie durch den Unverstand größerer Wählermassen, die nach rechts oder links abwandern, geschwächt, so wird sich der Ausbau der deutschen Republik nach sozialistischen Grundsätzen noch mehr verlangsamen, weil jetzt schon zu konstatieren ist, daß die wütende Opposition der Unabhängigen nur dem Rückschritt dient. Ihr Auftreten in der Nationalversammlung wie auch in allen Landesparlamenten beweist das zur Genüge. Mit ihrem Wortradikalismus, der an der Bezeichnung „Deutsches Reich“ Anstoß nimmt und für die Reichsflagge das Banner der Internationale setzen will, klammern sie sich an Aeußerlichkeiten, suchen sie durch revolutionären Schein zu verdecken, was ihrem wildgewordenen Spießertum an wirklich revolutionärem Wesen fehlt.

Auf der anderen Seite, bei den alten reaktionären Rechtsparteien ist es mit dem Scheinpatriotismus ebenso. Sie machen aus der Frage der Reichsfarben eine Haupt- und Staatsaktion. Für sie gilt noch immer nur der als echter Deutscher, der auf die Farben schwarz-weiß-rot schwört. Für die Demokratie, die schon 1848 unter der Fahne schwarz-rot-gold für ihre Ideale gekämpft hat, ist aber diese das der deutschen Republik entsprechende Symbol. Indessen soll auch in diesen Aeußerlichkeiten die innere Zweckmäßigkeit entscheidend sein. Und so haben sich die Mehrheitsparteien im Verfassungsausschuß darauf geeinigt, daß die Handelsflagge schwarz-weiß-rot bleiben soll, weil sie in der Schiffahrt weniger der Verwechslung mit Flaggen anderer Nationen ausgesetzt ist. Die Sozialdemokratie ist ohne weiteres bereit, solchen praktischen Erwägungen Rechnung zu tragen, während bei den Deutsch-Demokraten, wie die Rede ihres Führers, des Hamburger Senators Dr. Petersen, zeigt, auch um diese verhältnismäßig gleichgültige Frage sich ein Fraktionszwist entsponnen hat, so daß die für heute angesetzte Abstimmung erst die Entscheidung in der Symbolfrage bringen wird. Wie sich in diesem Streit um die Farben des Reiches doch auch tiefe politische Gegensätze offenbaren, läßt die Debatte dieses ersten Tages der Verfassungsberatung deutlich erkennen.

Nationalversammlung.

Weimar, 2. Juli 1919.

Am Regierungstisch: David, Wissell, Erzberger und Vertreter der Einzelstaaten.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2,20 Uhr. Der schleunige Antrag der Abgg. Bachmeyer und Genossen um Aufhebung des gegen den Abg. Gandorfer schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Session wird an die Geschäftsordnungskommission verwiesen.

Es folgt die

zweite Beratung des Verfassungsentwurfs.

Haußmann (DDP.) führt als Vorsitzender des Verfassungsausschusses aus, daß das vorliegende Werk unter schwersten Sorgen geschaffen worden ist. Der Spielraum der nationalen Kraft ist in unerhörter Weise beschränkt. Um so wichtiger ist die Zusammenfassung zur Einheit. Das geschieht durch die Verfassung. Das strittige Problem des Einheitsstaates wird nicht gelöst werden. Dennoch ist auf vier großen Gebieten die Einheit herbeigeführt. Reichseisenbahn und Reichspost, Reichsabgaben, Regelung der Reichswasserstraßen und die Reichswehr waren unabwendbar. Wird die Verfassung angenommen, dann kann kein Volk sich einer freieren Konstitution rühmen. (Beifall.) Das richtige Funktionieren dieser Verfassung hängt von dem Willen der Nation ab, ob sie von dem Willen beseelt ist, sich in Freiheit zu erneuern und zu befestigen. Beherrscht dieser Geist unsere Arbeit, dann wird diese Verfassung das deutsche Volk erheben. Im ersten Hauptteil enthält der erste Abschnitt die Bestimmungen über die Gliederung des Reiches unter der Ueberschrift „Reich und Länder“.

Hierüber referiert **Kahl** (DVP.): Der Anschluß Deutsch-Oesterreichs ließ sich angesichts der tatsächlichen Lage nicht verwirklichen. Das schwierigste, aber wichtigste Gebiet des neuen Verfassungswerkes ist die Schaffung eines gerechten Ausgleiches der staatlichen Ansprüche zwischen Staat und Ländern. Möge sie gelöst werden in dem Sinne, daß neben der Erhaltung eines staatlichen Eigenlebens der Länder eine festgefügte Reichseinheit und eine starke Reichsgewalt geschaffen wird.

Dr. **Cohn** (USP.) begründet den Antrag der Unabhängigen, in der Ueberschrift die Worte: „Verfassung des Deutschen Reiches“ zu ersetzen durch „Verfassung der deutschen Republik“. Der Redner tritt lebhaft für den Einheitsstaat ein.

Reichskommissar Dr. **Preuß**: Will Herr Cohn den Namen „Reich“ in der ganzen Verfassung beseitigen, so müßte ich entschieden widersprechen. Der Antrag steht im Widerspruch zu dem Gedanken, die Vereinheitlichung des Reiches in den Vordergrund zu rücken. Nach unserer ganzen geschichtlichen Entwicklung knüpfen sich die deutschen Einheitsbestrebungen an das Wort „Deutsches Reich“. Wir würden sehr erhebliche Werte des nationalen Einheitsgefühls vergeuden und zurückstoßen, wenn wir den Namen „Reich“ beseitigen wollten. Der Einheitsstaat ist zurzeit in Deutschland nicht herzustellen. Das zeigen gerade die Erfahrungen der letzten Wochen. Wenn eine starke Volksströmung für den Staat vorhanden wäre, hätte er sich unter diesem Druck von außen in den letzten Wochen mit elementarer Wucht geltend gemacht und die staatliche Sonderung fortgeschwemmt. Die Vereinheitlichung des politischen Lebens in Deutschland wird Fortschritte machen; aber Sie hemmen sie, wenn Sie immer wieder erklären, Ihr müßt Euch unter die Einheit beugen. Wir lassen den Ländern die Selbständigkeit, die ohne Gefährdung der Reichsinteressen möglich ist. Es wäre in absehbarer Zeit unmöglich, eine auf ganz anderer Grundlage ruhende Verfassung Deutschlands zu schaffen. Die große Mehrheit der Nationalversammlung würde darauf nicht warten, sondern lieber auf der jetzigen Grundlage schnell arbeiten und weitere Fortschritte der natürlichen Entwicklung überlassen, die durch forcierte Forderungen eher gehemmt als gefördert werden. (Beifall.)

Dr. **Ablaß** (DDP.): Es wäre völlig verkehrt, die Bezeichnung „Deutsches Reich“ deshalb beseitigen zu wollen, weil es nach der Auffassung des Herrn Dr. Cohn ein Deutsches Reich nicht mehr geben soll. Ich bin doch soweit national gefestigt, daß ich in dieser Beziehung der Rücksicht auf das Ausland keinerlei Spielraum einräumen möchte. (Lebhaftes: Bravo! bei den DDP. und rechts.) Daß die Bezeichnung „Deutsches Reich“ begrifflich gleichzusetzen sei mit Kaiserreich, ist völlig verkehrt. Ich lasse mir den Stolz auf das Deutsche Reich nicht nehmen. Es war ein Gebilde, auf das wir mit Recht stolz sein dürfen. (Lebhaftes: Bravo! bei den DDP. und rechts.) und deshalb kann ich mich nicht bereit erklären, durch die Geschichte der letzten 45 Jahre einfach einen Strich zu machen. Herr Dr. Cohn meint, daß es vielleicht besser gewesen wäre, wenn die Revolution eine stärkere Stoßkraft in der Richtung eines Einheitsstaates ausgeübt hätte. Darüber läßt sich reden; aber wir kommen an der Tatsache nicht vorüber, daß es der Revolution nicht gelungen ist, und daß sie es vielleicht auch gar nicht gewollt hat, den Einheitsstaat an die Stelle des Bundesstaates zu setzen. Man wird gewiß auch nicht behaupten können, daß die Unabhängigen in der Zeit, als sie in Bayern die Herrschaft hatten, sich bereit gefunden hätten, einen starken Vorstoß in der Richtung des Einheitsstaates zu unternehmen und den Partikularismus mit Keulen totzuschlagen. Die Revolution hat nur die Verfassungsform geändert, an der Struktur des Reiches als Bundesstaat hat sie vielleicht nichts ändern wollen, hat sie jedenfalls tatsächlich nichts geändert. Gewiß, das Verfassungswerk ist auch in der Frage des Einheitsstaates ein Kompromiß, aber wie ich als überzeugter Unitarier bekennen muß, ein sehr respektables. (Beifall.)

Dr. **Quarck** (SD.): Ueber die Frage, ob es in der Ueberschrift „Deutsches Reich“ oder „Deutsche Republik“ heißen solle, läßt sich streiten. Wir messen ihr aber keine große Bedeutung bei, da in der Verfassung selbst von der deutschen Republik die Rede ist. Um aber Mißdeutungen vorzubeugen, sind wir geneigt, für den Antrag Cohn zu stimmen. Wie weit sind nun Möglichkeiten für seine Durchführung vorhanden? Die Wahrheit ist, die Revolution hat womöglich eine Verstärkung des Partikularismus in Deutschland gebracht. (Sehr richtig!) Bei den Beratungen im Reichsamt des Innern hat gerade Eisner die stärksten Vorstöße für den Partikularismus gemacht, und gerade Braunschweig, dieser ganze revolutionäre Staat, ist genau ebenso aufgetreten. Und ist es denn ein Zufall, daß die sozialen Errungenschaften des alten deutschen Staates auf partikularistischer Grundlage abgelöst werden sollen? Die Revolution hat das Gegenteil des Einheitsstaates erreicht. Die Unabhängigen haben so viele Massenbewegungen gemacht, aber eine für den Einheitsstaat nicht. (Sehr richtig!) Er kommt also sehr spät. Wie kommt er jetzt zu solcher Entschlußkraft? Ueberdies wäre die Frage Einheitsstaat oder Gliederung des Reiches nicht bei diesem Artikel zu erledigen, sondern bei denen über die Kompetenz des Reiches. Da müßte Dr. Cohn einsetzen. Wir haben eine Menge großer Verwaltungen, zuletzt noch die Zoll- und Steuerverwaltungen, im Reiche zusammengefaßt. In dem Antrage ist aber darüber kein Wort zu finden. Solche Zusammenfassung im Reiche wäre doch für die Verwaltung der Einzelstaaten geboten. Auch in dieser Frage haben die Unabhängigen keine Entschlußkraft gezeigt. In den entscheidenden Punkten die Reichskräfte zu stärken, darauf kommt es an. Darin könnten wir einig gehen. Vorläufig heißt es: Nur eine langsame, kontinuierliche Arbeit im Sinne der Vereinheitlichung. Nur so können wir zum Ziele kommen.

Der Antrag **Agnes**, als Ueberschrift „Verfassung der deutschen Republik“ zu setzen, wird abgelehnt. Die Ueberschrift „Verfassung des Deutschen Reiches“ wird angenommen.

Ohne Aussprache wird auch die Einleitung angenommen.

Es folgt die Beratung über Artikel 1, in dem bestimmt wird: Das deutsche Reich ist eine Republik; die Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Dr. v. **Delbrück** (DNP.): Wir können an diesem Artikel nicht stumm vorübergehen, dazu ist seine Bedeutung zu groß. Für uns bedeutet dieser Artikel den Abschied von einer großen Vergangenheit, von einer Verfassung und dem alten Deutschen Reich. Dieses, daß sei im Gegensatz zu dem Abgeordneten Cohn betont, war keine Zufälligkeit, sondern das Ergebnis der Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes. Der Artikel bedeutet ferner den Abschied von der konstitutionellen Monarchie und den Uebergang zum parlamentarisch regierten Volksstaat. Für uns entsteht daraus die Frage, ob wir unser Siegel unter diese Tatsache drücken sollen. Wir verneinen sie, weil wir noch heute grundsätzliche Anhänger der Monarchie sind. (Lebhafter Beifall rechts.) Die demokratische Monarchie, soweit sie sich vor der Revolution anzubahnen begann, halten wir für Deutschlands zweckmäßigste Staatsform, zweckmäßiger als die beabsichtigte radikale Republik. Dennoch wollen wir auf dem Boden der neuen Tatsachen weiter arbeiten und eine Politik der Aktivität treiben, die unser Vaterland zur Macht wieder erwecken kann. (Lebhaftes hört, hört! links.) Der Rückblick auf das Reich und seine Verfassung festigt in uns die Auffassung, daß sie unter einem günstigen Stern geboren wurden. Der Geist von Weimar und der Geist von Potsdam drückt sich in der alten Verfassung aus. Dem vorliegenden Entwurf merkt man jedoch die Leiden an, die das deutsche Volk während seines Entstehens ertragen hat. Sie ist nicht der Ausdruck für den Willen eines freien, seiner Kraft bewußten, sondern die Arbeit eines geschlagenen Volkes. Das drückt sich in vielen Punkten aus, für deren Fassung die gute Stellung zu unseren Feinden maßgebend gewesen ist. Wir bedauern namentlich die Abstimmungen über die Reichswehr, die in einem Augenblick ergehen, wo der Wilsonsche Völkerbund aufgerichtet werden soll. Ein Bluff, mit dem weiter nichts, als die wirtschaftliche und politische Knechtung des deutschen Volkes erreicht werden soll. Wo sind ferner die Freunde eines Anschlusses Deutsch-Oesterreichs an Deutschland geblieben? Wahrlich, in dieser Verfassung ist nichts von dem harten Wirklichkeitssinn Preußens und nichts von dem stolzen Selbstgefühl unserer Weimarer Großen. Wir verneinen die Frage, ob eine Republik die Aufgabe erfüllen und uns aus der Not zur Höhe führen kann, mit aller Bestimmtheit. (Lebhafter Beifall rechts.) Wir bekämpfen die Bestrebungen, jede Kontinuität des deutschen Staates mit dem alten Reiche zu zerstören und die Ausführung der Absicht, die frühere Zeit aus dem Gedächtnis auszulöschen. Es ist Fürsorge getroffen, daß die Schulen in der angedeuteten Art tätig sein sollen. (Lebhaftes hört hört! rechts.) Man wird eine Kontrolle über die Lehrtätigkeit einführen und alle Erinnerungen an das alte Reich vermeiden. Ausrotten wird man die Erinnerung an die große Zeit aber nie. (Lebhafter Beifall rechts, große Unruhe links. Zuruf: Sie löschen auch den Gedanken an die Hungersnot nicht aus!) Wir vertrauen darauf, daß der neue Staat den Kampf in Wort und Bild nicht beschränken will. Wir verlangen diese Freiheit auch für uns. Wir verlangen, daß wir nicht gehindert werden, im ganzen Lande unsere Auffassung zur Geltung zu bringen. (Lebhafter Beifall rechts.) Wir richten den besonderen Wunsch an die Regierung, daß die Lehrer, denen die staatsbürgerliche Ausbildung anvertraut wird, aus der Seele der Kinder den Geist des weichen Pietismus heraustreibt, der neuerdings Mode geworden ist, und das stolze Selbstgefühl einpflanzen. Wir wünschen auch der Regierung die Fähigkeit zu raschen und mutigen Entschlüssen, wenn sie ihre Fähigkeit jetzt noch betätigen will, dann muß das rasch geschehen. (Große Unruhe links. Zuruf: Es lebe der neue Krieg!) Möge es gelingen, unser Vaterland auf eine Höhe zu führen, die uns vor erneuten Schrecknissen bewahrt. (Lebhafter Beifall rechts. Zuruf links: So spricht ein Schuldiger!)

Von der Abg. Frau **Agnes** und Genossen ist inzwischen der Antrag eingegangen, den Satz 1 in Artikel 1 wie folgt zu fassen: Die deutsche Republik ist ein Einheitsstaat.

Reichsminister Dr. **David**: Der Herr Vorredner hat gefragt, ob für seine Partei die Freiheit gelten solle, von der in der Verfassung die Rede ist. Ganz gewiß, die neue Verfassung eröffnet die freie Bahn für jeden geistigen Kampf. Das ist die große Errungenschaft der neuen Verfassung im Gegensatz zum alten System. (Beifall und Widerspruch.) Gegenüber dem Vorwurf des Herrn Dr. Delbrück, die Verfassung trage den Charakter der Schwäche und der Weichheit, stelle ich fest, daß der Artikel 1 lautet: Das deutsche Reich ist eine Republik; die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Ich glaube, daß sind starke (Zuruf rechts: Worte!) Das sind starke Sätze. Und wenn die Herren (nach rechts) die Probe aufs Exempel versuchen wollten, ihre Auffassung gegen diese Feststellung auf dem Wege der Gewalt durchzusetzen, so werden Sie finden, wie stark und kraftvoll die Republik begründet ist. (Sehr wahr! und lebhafte Zustimmung links. Widerspruch und Zurufe: Generalstreik! rechts.) Auch der Generalstreik hat die republikanische Verfassung nicht umzuwerfen vermocht und wird sie auch aller Voraussicht nach nicht umwerfen. (Zurufe: Abwarten!) Dann hat der Vorredner gemeint, die Lage, in der die Verfassung verabschiedet werde, sei eine friedselige. Es seien Träume zerronnen und Illusionen zerschellt auf dem Wege von Spaa nach Versailles, und er hat im Gegensatz dazu das Lob des alten Systems gesungen. Er hat nur vergessen, daß diese alte Herrlichkeit in sich zusammengebrochen ist. (Sehr wahr! und lebhafte Zustimmung links.) Die deutsche Republik hat eine bankerotte Firma übernehmen müssen. (Beifall links, Widerspruch und Unruhe rechts.) Sie hat getan, was dem Pflichtgefühl unserem Volke gegenüber entspricht und (Gelächter rechts) die deutsche Republik wird das deutsche Volk wieder emporführen aus dem tiefen Sturz, in den es durch das alte System gebracht worden ist, und darum soll die neue Verfassung gute Dienste leisten.

Koch (DDP.): Nach den in versöhnlichem Sinne gehaltenen Erörterungen in der Kommission hätten wir nicht geglaubt, daß sich hier bei Art. 1 eine Partei unversöhnlicher Verfassungsgegner auftun würde. Ich meine, wir sollten heute nicht in Wunden wühlen, die uns die Vergangenheit geschlagen hat, sondern wir sollten versuchen, uns zusammenzuschließen, um diese Wunden zu heilen. Das können wir aber weder nach den Idealen der äußersten Rechten oder äußersten Linken, sondern nur auf dem Boden, den wir in der Verfassungskommission zu finden uns ehrlich bemüht haben. (Beifall bei den Unabhängigen.) Was die Frage der Monarchie anbelangt, so habe ich schon bei früheren Gelegenheiten einmal erklärt, daß wir keine grundsätzlichen Republikaner sind, wenn die Monarchie richtig geführt worden wäre, wenn sie vor allen Dingen zur rechten Zeit die nötigen Zugeständnisse gemacht hätte, so bin ich überzeugt, sie wäre zu halten gewesen. Heute aber ist der rechte Zeitpunkt gerade durch diejenigen, die sich immer schützend vor die Monarchie stellen wollten, verpaßt und heute kann von einer Wiedereinführung der Monarchie keine Rede mehr sein. Wir werden den Worten der Verfassung auch Taten folgen lassen. Sie gibt uns zwei große Grundgedanken, den Einheitsstaat oder die Reichseinheit und den Gedanken der Demokratie. Wenn wir den vollkommenen Einheitsstaat nicht haben, so trifft die Schuld diejenigen, die im November an alles mögliche dachten, nur nicht an die Herbeiführung der Einheit des deutschen Volkes. (Sehr richtig!) Hier rächt sich das Wesen jeder gewaltsamen Revolution. Man reißt die Mauern um, um nachher zu sehen, daß nun das Haus einstürzen muß. So verfuhr man in Braunschweig und in Bayern. Die wirkliche Reform beruht auf der Revolution oder Entwicklung. Wir streben den deutschen Einheitsstaat an mit aller Ruhe und Gelassenheit, aber in aller Sicherheit. Das Reich erhält auch die Möglichkeit, seine Zuständigkeit zu erweitern, die Uebelstände der alten Verfassung, die die Reichseinheit hinderten, sind beseitigt. Das ist keine Kritik des Bismarckschen Werkes, das er selbst für nicht vollendet hielt. Der demokratische Grundgedanke der alten Fassung bleibt hinter der heutigen zurück. Diktatur und Parlamentarismus decken sich nicht. Bewußt haben wir deshalb dem Reichspräsidenten Rechte gegeben, selbst Stellung zu nehmen und den Volksentscheid anzurufen. Das ist ein wirksameres Korrektiv als zwei Kammern oder Arbeiterräte. So wird auch der ruhige Untergrund des Volkes seine Wünsche durchsetzen können. Wenn das Volk erst zur Ruhe gekommen ist, wird es erfahren, ein wie großes und gewaltiges Werk mit der Verfassung entstanden ist. Die Jugend ist in ihrem Sinne erzogen und wird nicht mehr der Spielball von Augenblicksanfällen sein. Wir wollen das Volk stahlhart erziehen.

Haase (USP.): Der Reichsminister hat gesagt, freie Meinungsäußerungen sollen nicht unterdrückt werden. Dennoch ist jetzt die „Rote Fahne“ und nach ihr sind noch andere Zeitungen verboten. Der „Breslauer Arbeiterzeitung“ ist sogar das Unerhörte passiert, daß sie ihren Lesern das Verbot nicht mitteilen durfte. Wie kann man da sagen, daß die Presseverhältnisse ganz gesichert sind? Im Oktober 1917, als wir außerhalb des gemeinen Rechts gestellt werden sollten, haben sich, wie ich anerkennen muß, auch bürgerliche Parteien gegen diese Maßregel erhoben. Heute sind die Kommunisten geradezu für vogelfrei erklärt worden. (Sehr richtig! bei den USP.) Solche Zustände haben wir nicht mal bei dem Sozialistengesetz erlebt. (Unruhe bei den USP.) In den Massen lebt der Drang nach positiver Neuschaffung. (Gelächter.) Herr v. Delbrück wird in Wahrheit unter Duldung der Regierung wieder kriegerische Aktionen gegen die Polen beginnen. Daß das Volk diesen Bestrebungen entgegentritt, erklärt sich nicht aus einem Gefühl der Müdigkeit, sondern der Ernüchterung und Selbstgesinnung und aus der wahren Tatkraft in den Arbeitern gegenüber diesem verbrecherischen Vorgehen. (Rufe: Zur Sache!) Wir wollen die Beibehaltung der Gewalt, die Verherrlichung des Krieges, Ueberhebung und Anmaßung beseitigen. Die Jugend soll sich fühlen im freien Geiste des Menschentums und der Verbrüderung. (Beifall bei den USP.)

Reichsminister Dr. **David**: Den Vorwurf des Vorredners muß ich zurückweisen. Soweit sich der Kampf im Rahmen des geistigen Kampfes hält, wird er von der Regierung niemals eingeschränkt werden. (Widerspruch bei den US.) Aber wenn aufgefordert wird, Gewalt anzuwenden, mit Handgranaten (Stürmische Zurufe bei den US.: Wo steht das? Zurufe bei den SD.: Geschieht ja täglich!), dann ist es Pflicht der Regierung, die Demokratie vor der harten Bedrohung zu schützen. (Lebhafte Zurufe zwischen den beiden sozialistischen Parteien, andauernder Lärm.) Die Regierung würde den Abgeordneten Haase und seine Freunde, wenn sie ihren ganzen Einfluß aufbieten würden, auch noch die weiter links stehenden Schichten veranlassen, daß diese davon Abstand nehmen, ihrerseits mit Gewalt zu drohen und sich im Rahmen des geistigen Kampfes zu halten. Das ist der schnellste und sicherste Weg, jeden Ausnahmezustand und jeden Belagerungszustand und jedes Frageverbot aus der

---

Die Pariser.

Ein Roman aus Hessen von Alfred Bock.

[8]

II.

Vom Oberdorf führte in nicht viel mehr als zehn Minuten ein Vizinalweg zum Fichtenhof. Ehemals von den Eigentümern, den Freiherren von Humbracht, bewirtschaftet, war dieser später in Pacht gegeben worden. Als im Jahre 1796 die französischen Truppen brandschatzend das Hessenland durchzogen und auch den Fichtenhof plünderten, rettete der Ackerknecht Daniel Specht dem Freiherrn Renatus von Humbracht das Leben. In Anerkennung dieser Tat vermachte der Gutsherr seinem Knecht einen Wald, den Röderkopf. Der war im Verlauf von sechzig Jahren Gemeingut vieler Erben geworden. Zur Zeit, da der Bürgermeister Wallenfels sein Amt antrat, teilten sich neun Familien in seinen Besitz. Diese waren durch Brandschäden und Mißernten in Not geraten. Des Bürgermeisters Trachten war auf den Röderkopf gerichtet. Den Bedrängten gewährte er Darlehen um Darlehen und ließ sich ihre Liegenschaften verpfänden. Die Zinsen summten sich an, ohne daß er auf Zahlung bestand. Eines Tages aber, als ihm das Maß voll zu sein schien, legte er die Maske des nachsichtigen Gläubigers ab und ging gegen seine Schuldner schonungslos vor. Er kündigte ihnen die Hypotheken und erwarb bei der darauf folgenden Versteigerung um einen Spottpreis den Wald. Den verkaufte er wieder mit beträchtlichem Nutzen an seine Gemeinde und wurde über Nacht zum vermögenden Mann. Die Ausgepfändeten hatten als selbständige Bauern den Pflug geführt, nunmehr als Steinklopfer ein dürftig Leben zu fristen, gab ihr Stolz nicht zu. Daher wanderten sie nach Frankreich aus. Unter den Emigranten war der Bauersmann Heinrich Specht mit seinem Weib und seinen Jungen, ein Nachkomme jenes Knechts, dem einst sein Herr den Röderkopf verschrieben hatte. In Paris fand er wie die meisten seiner Landsleute als Straßenkehrer Beschäftigung. Im Faubourg St. Marcel war eine ganze Kolonie von Oberhessen beisammen. Ein deutscher Prediger sorgte für die religiösen Bedürfnisse, ein deutscher Lehrer erteilte den Kindern Unterricht. Die Lebensmittel waren nicht teuer. Auf dem Bastilleplatz hielt der rote Pröscher von Schotten echte hessische Zervelatwurst feil. Die Franzosen kamen den deutschen Dickköpfen freundlich entgegen. Diese hatten sich über nichts zu beklagen, nur daß das Heimweh an ihrem Herzen nagte. Wenn der Spechtskarl mit wehmütig klingender Stimme sang:

„Vater, lieber Vater droben,
Laß es einmal nur geschehn,
Meine traute Heimat laß mich
Nur noch einmal wiederseh'n,“

trat gar manchem das Wasser in die Augen. Während der Arbeitszeit war zu langen Gesprächen keine Gelegenheit. Desto lebhafter flogen in den Feierstunden die Reden hin und her. Meist war es der Bürgermeister Wallenfels, der im Mittelpunkt der Unterhaltung stand. Da war keiner, der nicht ein Stücklein von seiner Gewalttätigkeit, seiner Herrschsucht und Habgier zu erzählen wußte. Stieg so das Bild des Verhaßten vor ihnen auf, dann brannten ihre alten Wunden, und sie knirschten mit den Zähnen in ohnmächtiger Wut. Und es geschah, daß der Heinrich Specht von schwerer Krankheit heimgesucht wurde, der er nach langem Siechtum zum Opfer fiel. Eh' er die Augen schloß, nahm er seinem Sohn das Gelöbnis ab, dermaleinst den Bürgermeister entgelten zu lassen, was er der Familie angetan. Bis zum Ausbruch des Krieges blieben die Oberhessen in Paris. Dann wurden sie mit den übrigen Deutschen ausgewiesen. In den letzten Augusttagen des Jahres 1871 trafen sie wieder in ihrer Heimat ein. Nicht als Verzweifelte und Bedürftige, wie sie ausgezogen waren, sondern als Menschen, die einen freien Blick gewonnen hatten und auf einen gespickten Beutel pochen konnten. Ihr Eigentum war längst in andere Hände übergegangen. Nun bauten sie sich im Unterdorf an und bildeten eine stille Genossenschaft, den Tyrannen zu stürzen. Allen war klar, ob auch noch Jahre bis zum Ablauf seiner Amtszeit hingehen würden, daß man sogleich mit der Agitation beginnen müsse. Hierbei war die Spechtsmarie, die Witwe des in Paris verstorbenen Heinrich Specht, das eigentlich treibende Element. Sie stammte vom Fichtenhof, wo ihr Vater über vierzig Jahre lang das Amt des Schweizers versehen hatte. Als Kind war sie einmal helinger Weise in die Stadt gelaufen und hatte dort, hungrig wie eine Kirchenmaus, vom Fensterbrett eines Bäckerladens einen Weck stibitzt. Die Bäckersfrau, die es bemerkte, schenkte ihr noch einen dazu und sprach:

„Tu das nicht wieder!“

Beschämt war sie fortgeschlichen. Daheim fühlte sie das Bedürfnis, sich bei jemand auszusprechen, und offenbarte ihrem Spielgenossen, dem Heinrich Specht, was sie pexiert hatte. Der gestand, er habe seiner Mutter während der Kirmes ein Zweigroschenstück aus dem Geldstrumpf gestrippt. Beide drückte die gleiche Schuld. Sie sahen sich mit ernsten Blicken an und gelobten einander, nie mehr zu stehlen. Sobald der Heinrich Specht in das heiratsfähige Alter getreten war, nahm er die Marie vom Fichtenhof zur Frau. In ihrer Eheschaft fiel kein böses Wort. Ihr Stolz war ihr Bub, der Karl. Mit zehn Jahren war der schon so stark, daß er älteren Jungen Respekt einflößte. Dabei hatte er einen offenen Kopf. In Paris war er von den Dörflern einer der ersten, die die französische Sprache erlernten. Auf dem Bastilleplatz wurde er mit einem fliegenden Buchhändler bekannt. Der erzählte ihm, hier habe Frankreich seine Freiheit wiedergefunden. Vor der Notre-Dame schloß er mit einem alten Invaliden Freundschaft. Dieser führte ihn in den gigantischen Bau und zeigte ihm den Platz, wo der erste Napoleon sich die goldene Krone aufs Haupt gesetzt hatte und vom Papst gesalbt worden war. Durch die Rosetten fiel das Tageslicht gedämpft herein und brach sich in tausend bunten Farben. Im Himmel konnte es nicht schöner sein. Auf den großen, freien Plätzen, den Boulevards, vor den stolzen Gebäuden füllte sich seine Seele mit Bildern, die nicht wieder verblaßten. Obgleich die Abreise von Paris in größter Hast vor sich gegangen war, glückte es ihm doch, allerlei Andenken mitzunehmen. Noch lange nachher trug er sein Käppi. An Sonn- und Feiertagen zeigte er sich mit einer vierreihigen, silbernen Uhrkette, die er von einem Althändler in der Rue d'Arras erstanden hatte.

Im Dorf wurde er nach fast achtjähriger Abwesenheit als ein halber Ausländer zuerst mit Mißtrauen behandelt. Indessen drängte er sich niemand auf. Der einzige, an den er sich, abgesehen von den Pariser Gefährten, enger anschloß, war der Lehrer Moldenhauer, der unter den unaufhörlichen Schikanen der Bürgermeisters zu leiden hatte. Der Umgang war der Spechtsmarie eben recht, denn sie wollte, daß der Gedanke an das Werk der Rache in ihrem Sohn lebendig bleibe. Unverrückt ihr Ziel im Auge behaltend, strebte sie zunächst danach, ihren Besitz zu befestigen und zu vermehren. Als ihr das gelungen war, setzte sie alles in Bewegung, was ihren Zwecken zu dienen geeignet war. Wallenfels stand auf der Höhe seiner Macht. Die Gemeinderäte mußten nach seiner Pfeife tanzen, weil fast jeder von ihnen etwas zu vertuschen hatte. Alle empfanden höchst unbehaglich den Druck des Obergauners, ihn abzuschütteln wagten sie nicht. Eine oft gehörte Klage war, daß der Bügermeister bei der Verteilung der Steuern parteiisch verfuhr, sofern er kleinen Leuten, die nicht zu seinen Kreaturen zählten, Lasten auferlegte und die Söhne reicher Bauern davon befreite. Den Lehrer, der mit redlichem Willen bemüht war, bessere Schulverhältnisse zu schaffen, fuhr er an, was er sich denn dabei denke, daß er den Kindern der Armen höhere Plätze anweise. Auf die Gescheitigkeit komme es gar nicht an. Er mache die Menschen widerbürtig. Wenn es künftig an Säuschweizern und Steinklopfern fehle, werde man ihm das ankreiden.

So zahlreich die Akte der Willkür waren, deren der Dorfgewaltige sich schuldig machte, gefiel es ihm doch manchmal, ein paar armen Schluckern aufzuhelfen, ja sie mit Wohltaten zu überhäufen. Diese sangen dann sein Lob in allen Tonarten und gingen für ihn durchs Feuer. In seiner Familie trat er nach dem jähen Tode seines ältesten Sohnes minder schroff und rücksichtslos auf. Seine Frau, die Lisekathrin, war die Tochter des Talmüllers in Friedborn. Als junges Mädchen hatte sie in Herleshausen die Predigten eines Missionars gehört und war entschossen, ihn nach Südamerika zu begleiten. Dem widersetzte sich ihr Vater. Ein langer Zwist endete damit, daß sie die Waffen streckte und den Mann heiratete, den ihr die Patin zuführte. Das war der Melchior Wallenfels. Sobald sie ihre Pflicht als Hausfrau erfüllt hatte, zog sie sich in ihre Kammer zurück und las erbauliche Schriften. Spottete ihr Mann: „Ei, du Muckersche, gelle, du willst mit Schuh' un Strümpf' in den Himmel?“ ließ sie das ruhig über sich ergehen. Des Bürgermeisters Zweitgeborener, der Philipp, verursachte dem Vater viele bittere Stunden. Zum Landwirt hatten ihm Neigung und Fleiß gefehlt. Als Sägemüller hielt er zwar auf einen flotten Betrieb, doch fehlte ihm die Geschäftsfertigkeit, das Unternehmen nutzbringend zu gestalten. Bei seiner Unfähigkeit kehrte er noch den Großhans heraus. Wenn er — was mehrmals in der Woche der Fall war — in der Kreisstadt erschien, traf er mit Kumpanen zusammen, die ihm schmeichelten und sich von ihm freihalten ließen. Die Mädchen spielten in seinem Leben eine große Rolle. Er knüpfte Verhältnisse an, die nicht ohne Folgen blieben, und sein Vater mußte den Beutel ziehen. Die Annegret, des Bürgermeisters Tochter, hatte ein Jahr lang die Haushaltungsschule in der Stadt besucht und hatte dort mancherlei angenommen, was ihr im Dorf den Beinamen „Die Fürnehme“ eintrug. An Burschen, die sie umwarben, fehlte es nicht, doch dachte sie noch nicht daran, das Heiratsbrot zu backen. Der Bürgermeister machte nach keiner Seite hin seinen Einfluß geltend. Einmal war die Aufsicht der Annegret auf dem Hof schwer zu entbehren, dann hatte sie eben erst die Zwanzig überschritten. Kam die Zeit, würde er schon für den Bräuem sorgen.

(Fortsetzung folgt.)

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Hamburger Kammerspiele. Am Sonntag, 6. Juli, abends 6½ Uhr beenden Ernst Matray, Katta Sterna, Hildegard Troplowitz ihr Gastspiel anläßlich der 25. und letzten Aufführung von „Sumurun“. In Vorbereitung befindet sich das heitere Traumspiel „Hans Sonnenstößers Höllenfahrt“ von Paul Apel, Musik von Friedrich Bermann.